

MEINE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Vertrauen ist das Fundament unserer Demokratie. Es ist die Basis, auf der der gesellschaftliche Zusammenhalt ruht. Doch dieses Vertrauen steht unter Beschuss: Bewusste Falschinformationen, Skandalisierungen und manipulative Inhalte gefährden nicht nur politische Debatten, sondern auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere politischen Institutionen.

Desinformation müssen wir uns entschlossen entgegenstellen – auch weil wir eine neue Dimension der Manipulation durch Fake News und Deepfakes erleben. Die Folge: Bürgerinnen und Bürger zweifeln zunehmend an staatlicher und medialer Glaubwürdigkeit. Wer Fake-Narrative ohne Faktenprüfung übernimmt, spielt den Akteuren in die Hände, die unsere Demokratie schwächen wollen.

Daher wurde auf Initiative des Digitalministeriums die Bayern-Allianz gegen Desinformation ins Leben gerufen. Sie kooperiert unter anderem mit internationalen Tech-Unternehmen wie Google, Microsoft und Meta, die Technologien zur Erkennung und Reduktion von Desinformation bereitstellen. Darüber hinaus arbeitet sie mit Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, um breite Bevölkerungsschichten zu erreichen und bietet Workshops sowie Schulungen zum Erkennen von Fake News und Deepfakes an.

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion stehen für Fakten statt Fake! Denn wir setzen uns für sachliche, bürgernahe und transparente Politik ein – frei von ideologischen Scheuklappen. Die Bayern-Allianz gegen Desinformation zeigt, wie wir Verantwortung übernehmen: durch Zusammenarbeit, Aufklärung und technologische Innovation.

Doch wir brauchen die Unterstützung aller politischen Akteure. Desinformation spaltet unsere Gesellschaft und wer sie fördert oder duldet, trägt Mitverantwortung für die Folgen.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihre Anna Stolz



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 3:
FRAKTION DANKT
EHRENAMTLICH
ENGAGIERTEN

SEITE 4:
ANLASSLOSE
MESSER-
KONTROLLEN SIND ZU
BEGRÜßEN

SEITE 5:
UNSERE SOCIAL
MEDIA-BEITRÄGE

RÜCKBLICK

Staatsministerin Anna Stolz: Rund 61,7 Mio. Euro für den Landkreis Main-Spessart und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden

Finanzausgleich: Zwölf Milliarden Euro vom Freistaat an die Kommunen

KARLSTADT/MÜNCHEN. Am 4. November haben sich der Freistaat Bayern und die Kommunen auf einen Kommunalen Finanzausgleich geeinigt, der ein Volumen von zwölf Milliarden Euro umfasst. Die Vereinbarung trägt auch die starke Handschrift der FREIEN WÄHLER als Regierungsfraktion, für die Hubert Aiwanger als stellvertretender Ministerpräsident und Bernhard Pohl als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses am Verhandlungstisch saßen.

Anna Stolz, Staatsministerin und Landtagsabgeordnete der FREIEN WÄHLER bilanziert: „Die aufgrund einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik schwierige Haushaltslage des Bundes schlägt auch auf den Freistaat Bayern und die Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden durch. Umso erfreulicher ist es, dass die Verhandlungspartner eine im Rahmen der Möglichkeiten zufriedenstellende Lösung gefunden haben.“ Man sei sich aber darüber einig, dass die finanziellen Herausforderungen in der Zukunft nur dann gemeistert werden können, wenn die wirtschaftliche Talsohle rasch durchschritten werden kann. Außerdem führe kein Weg am Bürokratieabbau und der Senkung von Standards vorbei.

Die Ursachen sind laut Stolz vielfältig: „Stetig steigende Sozialausgaben gerade bei der Jugendhilfe, die Integration von Flüchtlingen, höhere Personalkosten und ständig steigende Kosten für Baumaßnahmen belasten die Haushalte der Kommunen in besonderem Maße. Die fehlenden Steuereinnahmen aufgrund der wirtschaftlichen Rezession tragen ebenfalls dazu bei, die Haushaltsplanung für zahlreiche Kommunen in kaum je dagewesenem Umfang zu erschweren. Deshalb haben wir FREIE WÄHLER als starker Partner der Kreise, Städte und Gemeinden die Linie vertreten, den eigenen Haushalt nicht zu schonen und stattdessen die Kommunen kräftig zu unterstützen“, sagt Stolz.

Sofern der Bayerische Landtag als Haushaltsgesetzgeber seine Zustimmung erteile, stiegen die Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr auf 4,85 Milliarden Euro und damit um circa 410 Millionen Euro oder knapp neun Prozent gegenüber dem Vorjahr, rechnet Stolz vor: „Insgesamt stellt der Freistaat Bayern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 11,98 Milliarden Euro an Mitteln zur Verfügung. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wird von 12,75 Prozent auf 13 Prozent angehoben.“

Frau Staatsministerin Anna Stolz freut sich, dass der Landkreis Main-Spessart eine Schlüsselzuweisung in Höhe von 26.090.752 € erhält. Hinzu kommen noch die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Höhe von 35.565.176 €.

Zum Tag des Ehrenamts: Fraktion dankt ehrenamtlich Engagierten in Bayern

Mehr als jeder Dritte in Bayern setzt sich freiwillig und unentgeltlich für die Gemeinschaft ein. Zum Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember hat unsere Fraktion die Gelegenheit genutzt, allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat für ihre Dienste im Interesse des Gemeinwohls zu danken und ihnen unsere große Wertschätzung auszudrücken.

Ihr ehrenamtliches Engagement trägt maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt bei und fördert gesellschaftliche Teilhabe. Es wirkt in zahlreiche gesellschaftliche Bereiche hinein – etwa in die Gesundheits-, Bildungs-, Familien-, Pflege- und Seniorenpolitik. Besonders erfreulich ist dabei, dass bereits Kinder und Jugendliche im Ehrenamt Verantwortung übernehmen.



Doch wie in vielen gesellschaftlichen Bereichen ist auch im Ehrenamt Bürokratie ein großes Problem. Es darf aber nicht sein, dass Menschen vom Ehrenamt abgeschreckt werden und insbesondere Gremien und Vorständen fernbleiben, weil die sich mit stetig wachsenden Verwaltungsfragen auseinandersetzen müssen. Unsere Fraktion hat daher einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, mit dem wir Ehrenamtlichen den Rücken stärken wollen.

Durch das neue Gesetz werden alle bayerischen Behörden verpflichtet, den Einsatz im Ehrenamt für das Gemeinwohl zu beachten und zu fördern. Um Polizei und Freiwillige Feuerwehr zu entlasten, sollen Angehörige der gemeindlichen Sicherheitsbehörden künftig bei Einsatz- und Übungsstellen sowie bei Veranstaltungen die nötige Verkehrsregelung übernehmen dürfen. Ferner sollen ehrenamtliche Veranstaltungen unter bestimmten Voraussetzungen von Anzeige- und Genehmigungspflichten freigestellt werden.

So sollen Ehrenamtliche endlich wieder mehr Zeit haben, ihr eigentliches Amt auszuführen und sich für die Gesellschaft einzusetzen. Mehr [HIER](#).

Kommunalsenat tagt im Landtag: Kommunalhaushalte durch Zusatzaufgaben nicht noch mehr belasten!

Mehr als 20 kommunale Mandatsträger haben an der dritten Sitzung unseres Kommunalsenats teilgenommen. Themen waren unter anderem die kommunale Wärmeplanung und die Ganztagsbetreuung.

Fakt ist: Mit der vom Bund auferlegten Wärmeplanung haben die Städte und Gemeinden in den kommenden Jahren eine große Aufgabe zu bewältigen. Hausbesitzer erhalten dadurch Klarheit, ob ihre Immobilien künftig an Fernwärmenetze angeschlossen werden oder andere Technologien wie Pelletheizung oder Wärmepumpe zum Einsatz kommen müssen. Uns als Fraktion ist dabei wichtig, dass die angespannten Kommunalhaushalte durch Zusatzaufgaben nicht noch mehr belastet werden.

Der auf Bundesebene beschlossene Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter soll bereits zum Schuljahr 2026/2027 sukzessive in Kraft treten. Die Umsetzung stellt gerade die Kommunen und den Freistaat vor große Herausforderungen – etwa durch die Schaffung zusätzlicher Plätze, die Gewinnung von geeignetem Personal, die Ausweitung der Bildungs- und Betreuungszeiten auf fünf Wochentage sowie die Abdeckung von Ferienzeiten.

Der Freistaat unterstützt die Kommunen dabei nach Kräften: So wurde im Juli 2024 ein Gesamtpaket zum Ausbau der Ganztagsbetreuung auf den Weg gebracht. So sollen die Bildungs- und Betreuungsangebote unter Schulaufsicht von derzeit vier auf künftig fünf Tage in Unterrichtswochen ausgeweitet werden. Zudem werden die Förderkonditionen des Landesförderprogramms nochmal verbessert. Und die Bundesmittel zur Betriebskostenförderung werden in voller Höhe und möglichst unkonditioniert an die Kommunen weitergegeben. Mehr [HIER](#).

Anlasslose Messer-Kontrollen: Fraktion begrüßt zusätzliche Befugnisse der Polizei

Als FREIE WÄHLER-Fraktion haben wir uns stets dafür eingesetzt, dass Waffen- und Messerverbotzonen nur gemeinsam mit entsprechenden Kontrollbefugnissen für die Polizei verordnet werden sollten. Dementsprechend begrüßen wir, dass die Befugnisse zur Kontrolle im Freistaat nun per Verordnung an die Bayerische Polizei übertragen wurden. Waffen- und Messerverbotzonen sind nur dann sinnvoll, wenn sie lokal eingegrenzt und durch die Polizei effektiv überwacht und kontrolliert werden können. Gerade in der nun beginnenden Adventszeit können so die zahlreichen Weihnachtsmärkte in Bayern bestmöglich geschützt werden.

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

Reel: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren!

Unser Dringlichkeitsantrag zur Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist diese Woche im Wissenschaftsausschuss behandelt worden. In dem Antrag fordern wir unter anderem, die Beitragsstabilität zu wahren und die Mitwirkung der Landesparlamente zu sichern – mehr dazu im Reel mit unserem wissenschaftspolitischen Sprecher Prof. Dr. Michael Piazoło, der zugleich Vorsitzender des Landtagswissenschaftsausschusses und Mitglied des Rundfunkrats ist: [HIER](#).



Reel: Wohin mit dem Atommüll?

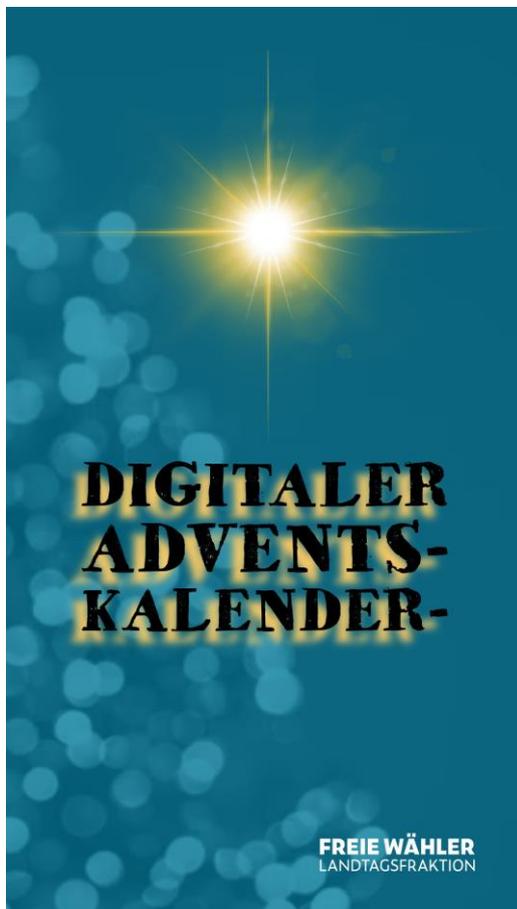
Wird es in Bayern Endlager für hochradioaktiven Atommüll geben? Unser baupolitischer Sprecher Martin Behringer hat sich den Zwischenbericht der für die Suche zuständigen Bundesgesellschaft genau angeschaut – mehr [HIER](#) im Reel.

Parlamentarischer Frühstück mit den Chemieverbänden

Die Chemieindustrie ist durch hohe Energiepreise, Bürokratie und praxisferne Regulierung massiv belastet. Im Gespräch mit den Bayerischen Chemieverbänden haben wir herausgearbeitet, welche Lösungen in der aktuell schwierigen Situation möglich sind. Als FREIE WÄHLER-Fraktion ist uns klar: Eine leistungsfähige Wirtschaft ist Voraussetzung für einen finanziell handlungsfähigen Staat. Deshalb setzen wir uns für eine starke Industrie im Freistaat



ein. Wir nehmen wichtige Eindrücke und Informationen für unsere parlamentarische Arbeit mit. [HIER](#) gibt's die schönsten Bilder.



Durch den Advent mit der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Am 1. Dezember ist der digitale Adventskalender unserer Fraktion gestartet. In den Stories auf Instagram und Facebook gewähren die Abgeordneten Einblicke in ihre Weihnachtstraditionen, verraten, welche Weihnachtslieder im Radio sie gar nicht mehr hören können und welcher Schmuck am Christbaum nicht fehlen darf. Was sich wohl hinter dem nächsten Türchen verbirgt? [HIER](#) geht's zum IG-Fraktionskanal.

Folgen Sie der Freie Wähler Landtagsfraktion:

 <https://twitter.com/fwlandtag>

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 **YouTube** <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

Wenn ihr weiterhin auf dem neusten Stand sein möchtet, dann folgt mir gerne auf meinem Instagram-Account unter folgenden Link, um noch mehr Informationen über meine Arbeit zu erhalten:

 **Anna Stolz (@anna.stolz.mdl)**

Wenn ihr wollt, dann folgt mir ebenfalls gerne auf meinem Facebook - Account:

 **Anna Stolz | Facebook**

Weitere Informationen erhaltet ihr ebenfalls auf meiner Homepage

www.mdl-annastolz.de

Ich wünsche Ihnen ein schöne Woche!

Ihre Heimat Abgeordnete und Kultusministerin Anna Stolz

Impressum

Abgeordnetenbüro Anna Stolz

Alte Bahnhofstraße 4

97753 Karlstadt

E – Mail: buero@mdl-annastolz.de

Homepage: www.mdl-annastolz.de
